

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7486.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6000-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7486.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Zeitungsgebühr, M. 0.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, aus-
schließlich Postgebühren. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle
Wismarstraße 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Aus-
gabestellen und in den benachbarten Orten und im Abgang die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wg. für örtliche Anzeigen; 35 Wg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Wg.
für örtliche Anzeigen; 2.50 Wg. für auswärtige Anzeigen. 20% Treuhand-Zuschlag. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Anzeigen-Nachzahlung: Für
beide Ausgaben: bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten
Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Köpenick 6202 und 6203.

Donnerstag, 23. Januar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 30. • 67. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Der wechselseitige Verkehr zwischen der Stadt Wiesbaden und den Vororten Schierstein, Viebrich-Amöneburg, Erbenheim, Bierhadi, Sonnenberg, Rimbach und Dornheim ist ge-
fährdet wegen Verletzung des von der betreffenden Gemeinde
ausgestellten Identitäts-Ausweises.

Wiesbaden, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat.

An das deutsche Landvolk.

Die Deutsche demokratische Partei hat den
nachstehenden Aufruf an das deutsche Landvolk
erlassen:

Verbündet mit dem Deutschen Bauernbund zieht die Deutsche demokratische Partei in den die deutsche Zukunft bestimmenden Wahlkampf. In dieser Stunde bekennen wir uns zu der Notwendigkeit eines starken und gesunden deutschen Landvolkes, das, unter auskömmlichen Verhältnissen auf eigener Scholle stehend, dem vaterländischen Boden in zähem Fleiße die Früchte abgibt, deren die Gesamtheit bedarf. In Bauern und Landarbeitern erkennen wir den un-
verletzlichen Fundament, den in seiner Kraft zu erhalten die erste Aufgabe einer besonnenen und vorsorglichen Staatspolitik sein muß. Niemals darf die Rücksicht auf andere Interessen der Staatsorgane die Grundlage einer lohnenden und vorträftigen Landwirtschaft entziehen. Mehr denn je wird nach diesem Kriege angesichts der Erschwer-
nisse unserer industriellen Lebens und des Auslandsabfalls die heimische Reproduktion und mit ihr die Landwirt-
schaft als das Fundament unserer Wirtschaft wieder-
aufgebaut werden. Diese Grundlage durch umfassende
Erbelung, die auch für die Städte-lohnende Abfallwirtschaft, zu verstärken und durch zweckmäßige Reform
des Boden- und Pflanzens- und Erbschafts- und
zu erhalten, wird die Hauptaufgabe deutscher Agrarpolitik sein.
Alle Hindernisse, die dem entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

Veraltete Grundrechte und Fideikommiss-
müssen fallen, ein verändertes und demo-
kratisches Wahlrecht an den Kreisräten, pro-
vinzialen, landwirtschaftlichen und sonstigen
Körperschaften mit der Gleichberechtigung der breiten
Masse der Landbevölkerung sicherstellen, ihre Selbstgefühl
heben. Die Sonderstellung der Güterbesitzer muß fallen. In
freier Wahl sollen die Gemeinden ihre Angelegenheiten
bestimmen. Die Befugnisse der Amtsvorsteher sind nach dem
Muster der westlichen Provinzen den Gemeindebehörden zu
übertragen. Dem Bauern der großen Grundbesitzer
ist nachdrücklich entgegenzutreten. Die Wälder sind für Zwecke
der Allgemeinheit mehr als bisher nutzbar zu machen, den
Bauernarbeitern auskömmliche Wohnungen zu schaffen. Der
notwendige Holzschlag ist, wo es erforderlich ist, planmäßig
anzunehmen, der Waldschaden durch ausreichenden Nach-
schuß zu verhindern und unter allen Umständen voll zu ersetzen.
Nicht überkommene Herrschaftsverhältnisse sollen für die Nahrung
in der Landwirtschaft mahnend sein, sondern nur Tüchtig-
keit und persönliche Leistung.

Dem Landarbeiter muß der Erwerb von
Eigenland erleichtert werden. Durch Anwerbe und
zweckmäßige Entlohnung, die an dem Ertrag der Wirt-
schaft beteiligt, durch gesunde und ausreichende Wohnun-
gen ist die Reinigung der Landarbeit zu heben. Übermäßige
Arbeitszeit muß verhindert, aber die phantastischen
Pläne einer Vermehrung der Arbeitsstunden auf dem
flachen Lande müssen abgewiesen werden. In der
Verkehrsverbesserung hat dem Lande die gleichen Vor-
züge wie der städtischen Bevölkerung zuzuführen. Ansonsten
gilt dies für den Bauern und Landarbeiter. Nicht vom armen
Fiskus aus sind die das flache Land betreffenden Gesetze und
Maßnahmen zu schaffen und durchzuführen, sondern in leben-
diger Beziehung mit der Landbevölkerung und nach dem Rat
geleiteter landwirtschaftlicher Sachverständiger.

Sinnlos mit der Agrarwirtschaft! Sie hat
so rasch als möglich der freien wirtschaftlichen Betätigung
Staat zu machen. In der Liebe zu eigenen Scholle
und in der Gewissheit, sie den Kindern zu vererben,
erkennen wir die schöpferischen Kräfte höherer Erzeugnisse.
Deshalb soll mit allen Eingriffen in das
ländliche Privatleben, keine Zusammenlegung
landwirtschaftlicher Betriebe, wie dies von sozialistischer
Seite gemeldet wird, oder Aufteilung landwirtschaftlicher
Betriebe in kleine Stücker, da, wo diese Aufteilung wirtschaft-
lich und sozial arbeiten erfordert. Durch Wüstengrün, Re-
kultivierung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Fläche und
Landwirtschaftlichen auch für die weiblichen Jugend, durch
mehrfache Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschafts-
bewegung und andere Maßnahmen ist die Produktivität
der Landwirtschaft in jeder Weise zu fördern. Eine ge-
rechte Steuerpolitik mit gleichen Grundsteuern schaffen
für den freien Konkurrenzkampf zwischen landwirtschaftlichem
Klein- und Großbetrieb. Die bisherige Unterbelastung der
landwirtschaftlichen Großbetriebe muß fallen, die veraltete
Bodensteuereinteilung ist nachzurufen und die gleiche Pro-
duktivität gleichmäßig hoch zu besteuern bei Klein- und Groß-
betrieb.

Ein freies Landvolk auf eigener Scholle,
eine starke, leistungsfähige Landwirtschaft,
das sind die Ziele, denen die Partei nach-
strebt. Frei von allen sozialistischen Über-
treibungen tritt die Partei auf gegen alle

Vorrechte der ländlichen Herrschaft. Auf
Männer und Frauen des flachen Landes.
Scharf auch um das Banner der
Deutschen demokratischen Partei.

Die Probe aufs Exempel.

Von Seiten der Deutschen demokratischen Partei wird uns
geschrieben:

Nachdem vor den Wahlen zur Nationalversammlung von
der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei so viel
„von dem Verrat am Bürgerrecht“ gesprochen und geschrieben
worden ist, der dadurch verübt sein soll, daß die Deutsche demo-
kratische Partei gegen die Listenverbindung eintrete, lohnt es
sich, nun nach der Wahl nach den amtlichen Ergebnissen die
in Wiesbaden erzielt wurden, die Probe aufs Exempel zu
machen.

Nehmen wir an, daß angesichts der kleinen Wählerzahl
hier 5 Mandate zu vergeben wären.

Beispiel 1. keine Verbindung irgend welcher Listen:

D. D. P.	Reichs-Soz.	D. V. P.	Zentr.	U. S. P.	D. R. Sp.
18 973	11 978	11 376	8 008	1810	794
9487	7480	5088	4304	905	397
6324	4498	3792	2860		

In diesem Fall wäre die Verteilung der Mandate:

2 Demokraten, 1 Zentrum, 1 D. V. P., 1 Soz.

Beispiel 2. wenn, wie es diesmal geschah, Zentrum,
D. V. P. und D. R. Sp. eine verbundene Liste haben und die
übrigen Parteien getrennt vorgehen:

D. D. P.	Reichs-Soz.	D. V. P.	Zentr.	D. R. Sp.	U. S. P.
18 973	14 978	22 778			1810
9487	7480	10 384			905
6324	4498	6926			

Auch in diesem Fall das gleiche Ergebnis:

2 Demokraten,

2 verbundene (1 Zentrum, 1 D. V. P.),

1 Soz.

Beispiel 3. alle vier bürgerlichen Parteien (inkl. D. D. P.)
mit verbundener Liste gegenüber den nicht-verbundenen sozial-
demokratischen Parteien:

Verb.	Bürgerl. Liste	Reichs-Soz.	U. S. P.
30 771	14 978		1810
19 874	7480		905
10 387	4992		
7705			

Auch hier genau das gleiche Ergebnis wie bei Beispiel 1,
nämlich:

4 verbundene (2 Dem., 1 D. V. P., 1 Zentr.),

1 Soz.

Daraus ist klar zu ersehen, was von dem „Verrat am
Bürgerrecht“ zu halten gewesen ist.

Wahlresultate.

Berlin, 21. Jan. Nach vorläufigen nichtamtlichen Mel-
dungen können bis heute mittag 12 Uhr als gewählt gelten:
274 Abgeordnete aus 24 Wahlkreisen von insge-
samt 37 Kreisen mit 433 Abgeordneten. Aus den anderen
Wahlkreisen liegt eine größere Zahl von Teilergebnissen vor,
die aber ein auch nur einigermaßen sicheres Urteil über die
Verteilung der Mandate nicht zulassen. Die 274 Abgeordnete
verteilen sich auf die verschiedenen Parteien wie folgt:
Deutsch-nationale Volkspartei 24, Christliche Volkspartei 46,
Deutsche Volkspartei 11, Deutsche demokratische
Partei 53, Sozialdemokraten 114, Unabhängige 19. Ferner
haben noch erhalten die Bauern- und Landarbeiterdemokratie
1 Sitz in Schleswig-Holstein, der Bauern- und Landarbeiterdemokratie
2 Sitze in Ostpreußen und Niederbayern, die Bauernpartei,
Bauern- und Landarbeiterdemokratie 2 Sitze.

München, 21. Jan. Nach vorläufiger Berechnung
würden von den 45 Sitzen Bayerns für die deutsche National-
versammlung erhalten: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 18,
sozialdemokratische Partei 16, Deutsche Volkspartei 5, Bayer.
Bauernbund 4, Nationalliberale und Mittelpartei 2, Unab-
hängige keine.

Die Wahlen zur preussischen Landes- versammlung.

Die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen National-
versammlung gelten auch für die am kommenden Sonntag,
den 24. Januar, stattfindenden Wahlen zur preussischen
Landesversammlung. Es wählen zur preussischen Landes-
versammlung nicht nur die preussischen Staatsangehörigen,
sondern alle in Preußen wohnenden deutschen
Männer und Frauen, die für die Wahl zur deutschen
Nationalversammlung wahlberechtigt sind. Die Wahlen zur
preussischen Landesversammlung finden auch in den gleichen
Wahllokalen statt.

Die Friedenskonferenz.

Forderungen und Wünsche.

Paris, 21. Jan. Der „Temps“ veröffentlicht eine große Anzahl
von Forderungen griechischer, türkischer und armenischer Staaten
über ihre Anforderungen an die Friedenskonferenz. — Der ständige
Unterstaatssekretär des Außenministeriums der Türkei, Mustafa
Tevfik, hat die alten türkischen Gouvernements Konya,
Bilise, Karaman, Karaman, Karaman, ein Teil des Gouvernements
Samsat, ferner von Karaman, Karaman, Karaman und Samsat.
In einem neuerlichen Interview begründet Mustafa die Ansprüche
Griechenlands auf Karaman und Karaman, das griechisch
werden müsse, ferner es nicht internationalisiert werde, auf seinen

Holl aber türkisch bleiben könne. Mustafa fordert ferner das
griechische Karaman und Karaman, ferner die Karaman und
Karaman. — Die griechische Forderung nennt das
in Paris erscheinende „Echos du Monde“ Karaman, Karaman,
Karaman und Karaman, Verlängerung des Vertrages von Karaman,
Karaman, Prüfung der Frage der Karaman und Karaman für
den Handel.

Eine belgische Forderung.

Aus Brüssel wird den Pariser Zeitungen gemeldet,
daß der Finanzminister in der Deputiertenkammer erklärt
habe, die Delegierten Belgiens würden verlangen, daß in der
Frage der Kriegsschadigung Belgiens ein
Vorrecht habe, damit die belgische Industrie schnell ent-
schädigt werden könne. Belgien beabsichtigt, seine Kriegsschadigung
zu diskontieren, indem es Anleihen für die
normale Wiederherstellung herausgibt.

Friedensdeklaration.

Paris, 19. Jan. Die tschechisch-slowakische Republik wird
bei der Friedenskonferenz durch den Präsidenten R. Marich
und den Minister des Auswärtigen Eduard Benesch ver-
treten. Der Sekretär der tschechisch-slowakischen Delegation
ist C. C. C., der Vertreter der tschechisch-slowakischen Republik
in London.

Französische Schriftsteller für Unterstützung der Friedensbewegung.

Eine Anzahl französischer Schriftsteller, die den Krieg an
der Front mitgemacht haben, richtete einen öffentlichen Auf-
ruf an die intellektuellen Kampfgesossen in allen Ländern
ohne Unterschied zur Bildung eines internationalen Bundes
zur Unterstützung der Bemühungen Wilsons für die Herbei-
führung eines wirklichen Friedens, der jeden künf-
tigen Krieg ausschließt. An der Spitze steht der Verfasser des
„Beu“, Henry Barbusse.

Marshall Koch über die Lage in Deutschland.

Paris, 19. Jan. Marshall Koch zeigte dem
Berichterstatler des „Matin“ in Triest auf seine Fragen
wegen der Waffensstillstandsverhandlungen und der
zügigen Abklärung des Materials durch die Deutschen
die ihm von den deutschen Bevollmächtigten übergebenen
Schriftstücke und sagte: „Sie überschätzen uns mit
Papier! Wir nehmen einen Teil davon und lassen noch
mehr beiseite. Wenn sie um Erbarmen schreien und nach
Verpflegung rufen, so glaube ich nicht, daß sie über-
treiben.“ Als der Berichterstatter demgegenüber für
die letzten zwei Monate in den Rheinprovinzen ein nicht
besonders schweres Dasein geführt zu haben glaubte,
antwortete der Marshall: „Ja, Sie! Weil Sie in den
größten Hotels abblenden, die ich zu richtigen Preisen
durch den Schleichhandel beschaffen! Doch die Be-
völkerung in Bremen und Ostpreußen ist
sicherlich in einem an Hunger und Not grenzen-
den Zustand.“ Der Marshall wies auf Deutsch-
lands aufgelöste zerrüttete Armeen hin. „Nun haben wir
gute Vorgesetzten! Der Rhein bildet eines der denkbar
besten Hindernisse. Wir heißen außerdem alle wünschens-
werten Ausfallspalten gegen Deutschland.“ Der
Marshall glaubt nicht an ein Eindringen des Bolsche-
wismus, der Deutschland jeder Regierung berauben
würde. Obwohl er zugibt, nicht mehr darüber zu wissen
als die Presse, meint er, daß Deutschland sich erholen
und dieser Gaswolke entziehen werde. Er kümmert sich
nicht darum, ob die Regierung Ebert feststehe. Er kennt
nur die deutschen Bevollmächtigten und seine bemunde-
nenswürdigen französischen Soldaten. Wenn die Deut-
schen die Waffensstillstandsbedingungen nicht erfüllen,
wird er sofort den Waffensstillstand abbrechen. „Des-
halb“, meinte er, „führen sie sie so gut wie möglich aus.
Sie sind mit den Eisenbahnwagen und Lokomotiven im
Mißstand, doch haben sie in dieser Hinsicht mit ernst-
lichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir werden bis nach
den Friedenspräliminarien im Kriegszustand sein.“

Zur Versorgung Europas.

Paris, 21. Jan. (Sowas.) Der oberste Kriegsrat für
allgemeine Versorgung nahm am 18. Januar unter dem Vor-
sitz von Lord Reading die Beratungen wieder auf. Nachdem
der Rat von den Verhandlungen in Triest bezüglich der Be-
nutzung der deutschen Handelsflotte Kenntnis
genommen hatte, prüfte er die finanzielle Problematik
der allgemeinen Versorgung Europas und nahm die Anwen-
dung der Eisenbahnwagen der Eisenbahn über die Bedürfnisse
und Bedürfnisse der Länder Südost-Europas entgegen. Ge-
schäft denn zur Bildung eines permanenten Komitees, dessen
erste Sitzung gestern stattgefunden hat.

Truppenrückstände gegen Nahrungsmittel.

Basel, 18. Jan. Die „Times“ meldet aus Washington
unter dem 14. Januar: Marineminister Daniels findet für
heute als eine faktische Gewissheit ein Abkommen an, wonach
die jetzt in den deutschen Häfen ruhig liegenden
Schiffe zur Verfügung der Vereinigten Staaten für die
Rückbeförderung der amerikanischen Truppen
gestellt werden sollen. Auf der Rückreise nach Europa werden
diese Schiffe mit Nahrungsmitteln beladen werden.
Die Regelung der Einzelheiten wird der Waffensstillstands-
kommission in Triest überlassen.

Die Parteien und die Schule.

An den Bahnläusen der Parteien zur deutschen und preussischen Nationalversammlung spielt die Schule eine nicht geringe Rolle. Die bürgerlichen Parteien, die im neuen Staate sämtlich einen neuen Namen gewählt haben, haben auch ihre Stellung zu wichtigen Schulfragen wesentlich geändert. Die Nachfolger der Konservativen, die Deutsch-nationale Volkspartei, verlangt jetzt, daß „die Schulaufsicht in den Händen von Schulfachkundigen liege“, sie fordert ferner „weitestgehende Fürsorge namentlich für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes“ und „den Aufschwung der Volksschule zur höheren Schule auch wirtschaftlich zu erleichtern“. Die Christliche Volkspartei (Zentrum) hält an ihren Schulforderungen fest, nur durch einen einleitenden Satz „Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswezens im Sinne einer einheitlichen deutschen Volksschule“, aber „unter rückhaltloser Anerkennung und lebendiger Einfügung der sittlichen und religiösen Erziehungsfaktoren“ hat sie sich mit der Forderung, die durch den jüngeren Epochen vertreten wird, abgefunden. Alles andere ist alte Zentrumsforderung. Auch die Deutsche Volkspartei will an der Schulpolitik, die Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus vertreten haben, im wesentlichen festhalten. Dem Volksrat mehr angepaßt sind ihre Forderungen: „Die geistliche Schulaufsicht ist zu beseitigen“, „die hauptamtliche Schulaufsicht allgemein durchzuführen“, „die höheren Lehranstalten sind ihres Charakters als Ständeschulen zu entkleiden“ und „alles Berechtigungsweisen ist zu beseitigen“. Die Deutsche demokratische Partei hat die Schulforderungen des Deutschen Lehrervereins wörtlich aufgenommen. Die Mehrheitssozialisten behalten das Erfurter Programm bei.

Wenn also die Parteien diese Forderungen zu verwirklichen und der Schule im preussischen Volksstaat neue gesetzliche Grundlagen zu geben Gelegenheit finden, so werden, wie der Zeitungsdienst des preussischen Lehrervereins schreibt, einige weitgehende Änderungen im Schulwesen die Folge sein. Die geistliche Schulaufsicht wird durch gesetzliche Bestimmungen über die Schulaufsicht für alle Zeit unmöglich gemacht werden. Es werden ferner wesentliche Schritte zur Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens getan werden, wobei wohl auch die beseitigungsmäßigen Trennungen gänzlich beseitigt oder doch gemildert und für den Aufschwung unbemittelter Begabter wesentliche Erleichterungen und Hilfen geschaffen werden dürften. Aller Gewissensdruck und aller Glaubenszwang für Lehrer und Schüler wird ebenso verschwinden wie alle staatsbürgerlichen Rechtsbefreiungen im Lehrstande und alle Befreiungen zu kirchlichen Dienstleistungen. Die Selbstverwaltung der Schule wird in allen Beziehungen durch Einsetzung von Lehrerkammern, Schulvertretungen und Elternräten verwirklicht werden. Ob und inwieweit der religiöse Unterricht aus der Schule entfernt wird, hängt davon ab, in welchem Stärkeverhältnis die bürgerlichen und die Arbeiterparteien aus den Wahlen hervorgehen. Dasselbe gilt auch von der Durchführung der Unentgeltlichkeit allen Unterrichts und der freien Verfügung der Schüler.

Es sind geistige, rechtliche und technische Fortschritte, die von allen Parteien ausgedrückt werden. Es besteht gewiß auch der redliche Wille, diese Fortschritte einzuführen. Wenn dann auch die nötigen Geldmittel, der Lebensquell für alle Neugestaltungen und Verbesserungen, zur Verfügung stehen und bewilligt werden, wird das Schulhaus in einem Jahrzehnt größer und stattlicher dastehen, im Innern wohllicher sein als heute und die Jugend zeitgemäßer erzogen werden als gegenwärtig. Unsere Jugend — unsere Zukunft! Möge diese Überzeugung aus der Zeit der Wahlkämpfe auch in die ruhigeren Tage der gesetzgeberischen Arbeit mit hinübergenommen werden! Die Erziehung kann vielleicht ein Volk nicht gegen Sittenverfall und Entartung, die Folgen des Reichturns und des Lurus, schützen, aber sie kann aus wirtschaftlicher und sozialer Not emporkommen und geistige Güter gewinnen und fruchtbar machen helfen.

Die Einheit Deutschtirols.

Von der Unterstadt Innsbruck wird uns geschrieben: Die Unterstadt Innsbruck, als Mittelpunkt des geistigen Lebens des Landes Tirol und namentlich als oberste Bildungsstätte der gesamten deutschen Jugend des Landes, tritt seinen Beziehungen mit Nachdruck entgegen, welche den Fortbestand des Landes und der nationalen Unabhängigkeit eines Großteils seiner Bewohner bedrohen.

Südtirol von Trient auswärts bis zum Brenner ist gescheitertes, ausgeprägtes deutsches Völkergeschehen. Entgegen dem heute allgemein geltenden Nationalitätsbegriff, nach dem das Gebiet von italienischen Imperien in Anspruch genommen. Zur Rechtfertigung einer solchen Eingliederung führen sie die angeblich nötige Schaffung sogenannter natürlicher Grenzen an. Als Punkte derselben werden genannt: im Norden das Rieseneck und der Brenner, im Osten die Tirolober- und Isère-Gebirge. Aber diese noch die genannten Übergänge wirken niemals als natürliche Grenzen, sondern viel mehr verbindend als trennend. Richtig und richtig vom Brenner und Rieseneck, richtig und richtig das Tirolobergebirge liegt u. a. m. altes deutsches Völkergeschehen, das schon seit einem halben Jahrtausend zur Einheit der Großstadt Tirol zusammengeführt, einig und in ein einheitliches Ganzes, haben, haben die deutschen Tiroler im Norden und Süden des Brenners einen einheitlichen Volkstum mit eigenem, eigenem kulturellem Fortschritt und eigenen gleich den Schwyzern seit alters eine freilebende, immer lebendige Landesverwaltung.

Die von der Natur gegebenen Abgrenzung des deutschen und italienischen Völkergeschehens ist von der Art, daß sie auch eine militärische Grenze bildet, deren Befestigung die Verwirklichung des einen oder anderen Volkstums ausreicht.

Deutschtirol ist ein Volkstum, das aus dem deutschen Volkstum hervorgegangen ist und das aus dem deutschen Volkstum hervorgegangen ist. Die deutsche Bevölkerung des Landes ist von der Art, daß sie auch eine militärische Grenze bildet, deren Befestigung die Verwirklichung des einen oder anderen Volkstums ausreicht.

Die deutsche Bevölkerung des Landes ist von der Art, daß sie auch eine militärische Grenze bildet, deren Befestigung die Verwirklichung des einen oder anderen Volkstums ausreicht.

Lebendigen nationalen Eintrags zu geben und in keinem Falle dem deutschen Völkertum die italienische Fremdbestimmung aufzuzwingen. Außerdem ist es eine Forderung der Deutschen, daß der deutschen Bevölkerung im italienischen Gebiet die deutsche Sprache gesichert werde.

Der deutsch-österreichische Gesandte über den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland.

Der deutsch-österreichische Gesandte Herr Prof. Dr. Hartmann gewährte einem unserer Mitarbeiter eine längere Unterredung, in der unter anderem der seiner Ansicht nach von etwa 95 Proz. der Deutsch-Österreicher gewünschte Anschluß an Deutschland zur Sprache kam. Auf die Möglichkeit hingewiesen, daß schon diesen Anschluß zu verhindern (siehe, meinte er, es sei ihm wohl bekannt, daß Frankreich gegen den Anschluß wirke. In England aber sei man vielfach dem Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland freundlich gesinnt und vor allem habe Nelson das Selbstbestimmungsrecht der Deutsch-Österreicher anerkannt.

Die letzten Vorgänge in Berlin würden wohl die anschließende Stimmung Deutsch-Österreichs nicht wesentlich beeinflussen können. Gegen den Anschluß seien nur gewisse Kreise in Deutschland sowie Teile der Schönerberg-Industrie. Letztere neigen zur Bildung eines Sonderstaates.

Die Beziehungen in Deutsch-Österreich seien durch die Koalitionsregierung ziemlich kompliziert, so daß sich die am 10. Februar stattfindenden Wahlen wohl in Ruhe und Ordnung abwickeln würden. Große Sorge bereite vor allem die Lebensmittellage, die der Bevölkerung als „miserabel“ bezeichnete, vor allem, sei die große Notwendigkeit so frühzeitig gemerkt hat.

Aber die Fragen der zukünftigen Gestaltung einer Wehrmacht Deutsch-Österreichs konnte er, nichts Bestimmtes mitgeteilt werden. Jedoch besteht die Hoffnung, daß Deutsch-Österreichische Staatskräfte für die Wehrmacht mitwirken werden. Es würde nicht ausgeschlossen sein, daß Deutsch-Österreich zum Militärismus gelangt.

Die spartakistischen Umtriebe.

Spartakistische Gewalttaten in Hamburg.

Hamburg, 19. Jan. Heute Abend gegen Spartakisten und Unabhängige vor das Justizgebäude am Stern-Platz und verlangten die Herausgabe zweier Ratzeffen, die als Anführer der vor einiger Zeit in Wandersheim verhafteten 18 Spartakisten gefangen gehalten wurden, während die anderen bereits freigelassen seien sollen. Im Verlauf der Verhandlungen mit dem Inspektor erschienen Mannschaften der Sicherheitswache auf Automobilen. Es wurden Rasenwagen beschlagnahmt. Nach Angaben der Demonstranten sollen mehrere getötet und verwundet sein. Nähere Einzelheiten waren der späten Stunde wegen nicht zu erhalten. Der Vorfall ereignete sich gegen 1/8 Uhr abends. Das Justizgebäude wird durch Sicherheitsmannschaften bewacht.

Zur Verhaftung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters.

Düsseldorf, 20. Jan. Bürgermeister Dr. Dehler, der gestern auf der Königsallee mit seiner Gemahlin verhaftet und nach dem Volkshaus, dem Hauptquartier des Volksaufstandes, gebracht worden war, ist heute vormittag auf Befehl des Volksaufstandes nach außerhalb gebracht worden.

Spartakistenverhaftungen.

Berlin, 20. Jan. Unter den verhafteten Spartakisten befinden sich auch der wiederholt genannte frühere Hauptmann v. Beetzfeld und seine Frau. — Die Frau v. Beetzfeld, die gestern der Sekretär Radels, ein gewisser Gutmann, verhaftet worden. Man fand bei ihm wichtiges Material.

Mißglückter Proteststreik.

Berlin, 20. Jan. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hatte in den letzten Tagen zu einem allgemeinen Proteststreik aufgerufen. Dieser Aufforderung waren die Arbeiter in nur wenigen Betrieben nachgekommen. Nunmehr erläßt die Parteileitung der Unabhängigen, nachdem sie einen vollen Misserfolg zu verzeichnen gehabt hat, einen Aufruf an die Arbeiterschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Kampflage in Polen.

Bromberg, 19. Jan. Amlich. Ein Erkundungsvorstoß in Richtung Lublin drang nach Erstürmung der Brücke von Alt-Lublin und Durgina bis etwa einen Kilometer in Lublin heran. Es wurden 12 Gefangene, mehrere Fahrzeuge und Pferde eingebracht. Patrouillenkämpfe bei Lublin, beiderseitige Artilleriefeuer. Die in der letzten Nacht genannte Schlacht liegt bei Lublin. Ein Panzerzug fuhr am 19. Januar, 1 Uhr mittags, bei Groß-Neudorf vor. Die in dieser Gegend stehende polnische Abteilung mit Artillerie ging beim Herannahen des Panzerzuges kampflös zurück. Sonst nur Patrouillenkämpfe.

Kolonialforderungen der Polen.

Krakau, 18. Jan. (Nachdruck des tschecho-polnischen Pressebüros.) „Koniec Krasowski“ fordert für den polnischen Staat auch Kolonien, und zwar 100 000 Quadratkilometer von Deutsch-Ostafrika und Kamerun mit der Küste und mindestens einem Hafen.

Der bolschewistische Vormarsch in Polen.

Nach Petersburger Nachrichten markiert die bolschewistische Armee, ohne wesentlichen Widerstand auf polnischer Seite zu finden, auf Warschau zu.

Die bolschewistische Kriegsgefangenenkommission für Österreich.

Wien, 20. Jan. Meldung des Wiener Korrespondenten. Die seit Monaten in Wien tagende russische Kommission für die Durchführung der Heimkehr der russischen Kriegsgefangenen aus Österreich hat gestern Wien verlassen. Mehrere Mitglieder derselben wurden in den letzten Tagen wegen bolschewistischer Aktivitäten bereits ausgewiesen. Der Führer selbst, der Moskauer Arzt Vermonn, wurde mit noch mehreren Hauptagitatoren auf der Heimreise auf Anordnung des Kommandanten der Gütertruppen verhaftet. Unter einem umfangreichen Druckmaterial und Beschlüssen wurden eine Million Kronen beschlagnahmt.

Zum Abtransport der Orient- u. Kaukasustruppen.

Berlin, 20. Jan. Der Abtransport der in Kifsojewka (25 000 Mann) und in Pader-Bacha befindlichen deutschen Truppen wartet nach einer Mitteilung des Maridals noch in Trier auf die noch ausstehende Zustimmungserklärung einer der alliierten Mächte.

Die Frage der Verantwortlichkeit Wilhelms II.

Genf, 20. Jan. Die französische Regierung hat der Friedenskonferenz eine juristische Denkschrift überreicht über die strafrechtliche Verantwortlichkeit Kaiser Wilhelms II. Diese Denkschrift ist von dem Dekan der juristischen Fakultät in Paris, Professor Carnaud, und dem Professor des Völkerrechts, Dr. Beaulieu, verfaßt. Sie behauptet, die rechtliche Stellung des deutschen Kaisers werde dadurch bezeichnet, daß er seine ganze Macht als König von Preußen allein von Gott habe und sich allein auf das Schwert stütze. Vom Standpunkt des heutigen Völkerrechts sei demnach seine persönliche Verantwortlichkeit nicht zu bestreiten. Es komme hinzu, daß die Gründung des Reichs und seine Verbindung mit Preußen in keiner Weise die besondere militärische Stellung des Königs von Preußen berühre, und daß er als Kriegsherr voll verantwortlich sei; die deutsche Reichsverfassung habe an die Verwaltung der Krone nicht geknüpft. Der Kaiser besitze das absolute Vortrecht, persönlich die Armee zu befehlen und Krieg zu führen; er stütze sich dabei auf sein eigenes Militärkabinett. Das Vortrecht beruht sich für die Frage der Trennung zwischen militärischer und politischer Verantwortung auf. Insbesondere wird der Kaiser verantwortlich gemacht für die Verletzung der Neutralität Belgiens, die von ihm allein abgehangen habe. — Wie die Pariser Zeitungen vermelden, werden die übrigen Großmächte sich der Schlussfolgerung des französischen Gutachtens anschließen, wonach ein Auslieferungsantrag gegen den Kaiser an die holländische Regierung zu richten wäre.

Das Verbot des Exzessiv.

Amsterdam, 20. Jan. (Niederländische Telegraphen-Agentur.) Der Exzessiv und Gemahlin sind so weit wie die Bergschicht, daß sie ihre frühere Lebensweise wieder aufnehmen können.

Der freireligiöse Unterricht in Bayern.

München, 20. Jan. Die Verordnung vom Juli 1914, die den Sitten- und Religionsunterricht der freireligiösen Gemeinden verbietet, ist vom Kultusministerium außer Wirksamkeit gesetzt worden.

Der Goldbestand der Reichsbank nicht mehr in Berlin?

Bern, 21. Jan. Der „Progrès de Yvon“ meldet aus Paris, daß im Laufe der letzten Wochen die deutschen Devisenbanknoten in der Schweiz den Goldbestand der Reichsbank bei bereits seit einiger Wochen aus Berlin fortgeschafft und auf verschiedene Plätzen der Schweiz in kleinen Beträgen verteilt wurden. Die Reichsbanknoten seien zum Schutz der Devisenplätze für die Pariser getrieben worden.

Berlin ohne Licht und Straßenbahnverkehr.

Berlin, 21. Jan. Die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke sind in den Ausstand getreten. Infolgedessen ist die Große Berliner Straßenbahn gestoppt, ihren Betrieb einzustellen. Eine große Anzahl von Wagen ist auf den Straßen stehen geblieben. Es ist zu befürchten, daß Berlin heute teilweise ohne elektrisches Licht sein wird.

„Friedland Niederlassen“.

In einer kassierten Rundschreiben fordern die Verfasser, an der Spitze der kassierten Rundschreiben der Niederdeutschen Prof. Dr. Hans Buch in Hamburg die Niederdeutschen auf, bei der Annahme der deutschen Verhältnisse einen Friedland Niederlassen zu gründen um so die niederdeutsche Eigenart dem Berlinerium gegenüber zu zeigen und so die kulturelle Einheit zu machen von der Provinzierung durch landfremde Beamte und nicht niederdeutsche Einflüsse. Der Friedland Niederlassen ist selbstverständlich als ein Bundesstaat des Deutschen Reiches gedacht. Jeder Niederdeutsche wird diese Rundschreiben, die weniger auf die politischen als auf die kulturellen Fragen eingeht, mit größtem Interesse lesen.

Wiesbadener Nachrichten.

— Drei Schwurgerichtssitzungen sind wieder für das laufende Jahr vorgesehen und zwar sollen dieselben am 17. März, 28. Juni und 20. Oktober ihren Anfang nehmen.

— Wahlvorschläge zur preussischen Landesversammlung. Für die nächsten Sonntag stattfindenden Wahlen zur preussischen Landesversammlung wurden sechs Wahlvorschläge eingebracht: 1. Oberhaus (Deutsche Volkspartei), 2. Oberhaus (Christlichsozialdemokratie), 3. Oberhaus (Demokratische Partei), 4. Unterhaus (Nationaldemokratie), 5. Unterhaus (Zentrum), 6. Unterhaus (Unabhängige Sozialdemokratie). Die Vorschläge 1, 4 und 5 sind verbunden.

— Allgemeine Ortskrankenkasse. Im Ansehernteil macht die Kasse bekannt, daß die Geldsätze der Ortskrankenkasse 12 vom Montag, den 27. d. M., ab von 8 1/2 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags für das Publikum geöffnet ist. An- und Abrechnungen, sowie Rechnungen werden nur vormittags angenommen. Das Krankengeld gelangt Sonntag in der Zeit von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 1/2 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung zur Auszahlung. Beitragsnachfragen werden Samstag nicht angenommen. Um dem großen Andrang an der Kasse vorzubeugen, der stundenlanges Warten zur Folge hat, empfiehlt es sich, die Beiträge durch die Post einzuzahlen, in welchem Fall der Sendung 5 Pf. Vorkasse zugerechnet sind.

— Die Kartoffelration für Selbstversorger ist mit Rücksicht auf die hauptsächlich hier bestehende Kartoffelnot von 1 1/2 auf 1 Pfund pro Kopf herabgesetzt worden. Der Vorstand, welcher die Rationierung zur öffentlichen Kenntnis bringt, drückt zugleich die Hoffnung aus, daß infolge derselben noch eine größere Menge von Kartoffeln abgeliefert werden könne, damit es nicht zu einer Hungersnot komme.

— Zur Beilegung kleinerer Schuldbeträge hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten nunmehr folgende Anordnung getroffen: Die Beilegung mußte vielfach ausgeübt werden, weil der Schuldner zum Beilegsdienst einberufen war. Die Beilegungsmasse des Beilegsdienstes ist nunmehr Beilegung des Beilegsdienstes einberufen worden. A. T. erachtete es für notwendig, zur Beilegung des Beilegsdienstes des Schuldners und zur Beilegung seiner Beilegungsmasse. Dazu kommt, daß die Beilegungsmasse von den Beilegungen nach dem langen und schweren Kriegsdienst für das Vaterland erhöht werden mußte. Die Beilegungsmasse ist deshalb erhöht worden, auf die Beilegung dieser Beilegungsmasse zu verzichten. Eine entsprechende Beilegungsmasse und Anrechnung sind dabei auf die Beilegungsmasse zu übernehmen.

— Die Kriegsanleihervereinerung und Kriegsopferrente. Bei den Kriegsanleihervereinerung und Kriegsopferrente sind von einer großen Anzahl Kriegsanleihervereinerung in Verbindung ihrer Vaterlandsliebe und ihres Eigenwillens große Summen in kleinen Beträgen dadurch aufgebracht worden, daß sie sich mitunter an der Zeichnung durch Wahrung einer Lebensversicherung, der sogenannten Kriegsanleihervereinerung, oder durch Benutzung der von der Obersten Kriegsanleihervereinerung angeschaffenen Kriegsanleihervereinerung beteiligten. Viele der ehemaligen Kriegsanleihervereinerung sind infolge technischer Schwierigkeiten und der Ge-

signisse der letzten Monate bis heute nicht in Besitz einer Be-
nachrichtigung über den Eingang ihrer Gelder gelangt. Viele
haben infolgedessen ihre Ersparnisse oder sonstigen Ansprüche
einfach aufgegeben. Das ist durchaus nicht nötig. Gerade in
der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Not wird jedes, auch das
kleinste Kapital benötigt. Niemand verliert gern etwas, und
jeder weiß gern seine Gelder in sicherer Out, um im Be-
darfsfall darüber verfügen zu können. Der Deutsche Krieger-
bund, Berlin W. 50, Beiderbergstraße 2, hat eine Einrichtung
getroffen, die bespricht, allen ehemaligen Heeresangehörigen,
die auf die geschädigte Weise Gelder angelegt, aber noch nicht
über den Verbleib erfahren haben, mit Rat und Tat behilflich
zu sein, so daß sie zu ihrem Geld und ihren Rechten gelangen.
Ehemalige Kriegsteilnehmer tun daher gut, sich in solchen
Häusern vertrauensvoll an ihren örtlichen Kreisvereine zu wen-
den, um durch dessen Vermittlung schnelle Aufklärung zu er-
halten und wieder zu ihrem Geld zu kommen.

— **Unfall.** Man schreibt uns: Seit einigen Abenden
berührt nach Schluß der gewöhnlichen Fortbildungskurse in
der Wehrstraße ein Elend, der jeder Beschreibung spottet.
Wie die „Wilden“ stürmen die Schüler daher und jeder sucht
den anderen durch wildes Schreien und Toben zu überbieten.
Möge dieser Dummheit genügen, um durch strengere Aufsicht
seitens der zuständigen Behörden Abhilfe zu schaffen.

— **Wegen Einbruchdiebstahl** befinden sich zurzeit nicht
weniger als 27 Personen hier in Untersuchungshaft.

— **Schwindel.** Ein hiesiger Trogist ist durch einen Unbe-
kannten, welcher angeblich von einem in der Nähe wohnenden
Gastwirt geschädigt zu sein, um seinen Schaden zu bekommen. Es
handelt sich um einen zweifelhafte Gastwirt, der trotz ge-
richtlicher Urteile und auf einem Seitenstreit die Aufschrift „Progerie
Ordina, Tel. 2816, Albrechtstraße 16“, trägt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **W. Bickel, 23. Jan.** Die Kriminalpolizei ertappte gestern
abend verdächtige Leiharbeiter, welche aus einem auf dem
Feld der Freiheit v. Stein-Schule stehenden französischen Panzerwagen
verschiedene Sachen wie: Pistolen, Revolver, eine Menge
verschiedener Gegenstände, wie: eine elektrische Tischlampe, abhandeln ge-
kommen. — Einem Auswanderer der Rheinstraße wurde in der
Kreuzgangstraße Nacht im Stall zwei wertvolle Milchziegen abge-
schlachtet und gestohlen.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

— **Frankfurt a. M., 22. Jan.** Für den Verkehr mit den fran-
kischen Behörden hat der preussische Teil des Abschnitts 4 der
neutralen Zone wurde ein Zivil-Kommissariat errichtet,
mit dessen Leitung der frühere Reichstagsabgeordnete Herr von
Wentzel betraut ist. Die Geschäftsstelle befindet sich
Witterstraße 27. — Die Verhandlungen zwischen dem Frankfurter
Verkehrsverein und dem hiesigen Kraftverkehrsamt Frank-
furt a. M. über Einrichtung von Personenzugfahrten in Kraft-
wagen zwischen Frankfurt und seinen Nachbarstädten sind
beim zum Abschluß gekommen. Es wurde am 22. d. M. ab ein
regelmäßiger Kraftwagenverkehr von Frankfurt a. M. nach
Darmstadt und zurück aufgenommen wird. Vorläufig wird
täglich außer Sonntagen ab 9.30 Uhr früh Bahnhofplatz 8 vom Ver-
kehrsverein auf ein Personenzug nach Darmstadt fahren. Der
Wagen hat in Darmstadt Anschluss an den D-Zug 136 ab Darmstadt
12.57 Uhr nach Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg. Das Gegen-
stück verläßt Darmstadt um 2 Uhr nachmittags am dortigen Haupt-
bahnhof. Von der nächsten Woche an erhöht der Verkehr durch
Einführung weiterer Personenzüge eine wesentliche Verbesserung
infern, als täglich drei Züge hin und zurück verkehren werden.

Gerichtssaal.

— **PC. Von dem „großen Unbekannten“** wollte der Inhaber eines
hiesigen Kollisionspistols einen Handlanger gekauft haben, der
einem Vatermörder in der Kollisionsstraße geholfen worden war. Die
Schüsse haben aber in ihm den Dreck und schickten ihn zwei Monate
ins Gefängnis.

— **W. Aufschau.** Der Fabrikarbeiter Blasius Sepp in Höchst
soll durch Renette hinters mit seiner eigenen 16 Jahre alten
Tochter wie Mann und Frau zusammen gelebt haben. Wegen Miß-
schande stand er vor der Strafkammer, welche den Beschluß faßte,
ihn auf seinen Geistesstand beobachten zu lassen und vorläufig
die Verhinderung verbot.

Handelstell.

Die Zukunft des Einfuhrhandels.

Es ist noch in Erinnerung, wie die staatlichen Ein- und
Ausfuhrverwaltungen, insbesondere die Z. E. G. und die
Ausfuhrhandels-G. m. b. H., sich die tiefgehende Abneigung
welcher Kreise zuzueigen haben. Diese nur Allzu be-
rechtigte Mißstimmung hat zu scharfen Angriffen auf die
Gesellschaften geführt, deren Folge wiederum war, daß
jüngst erklärt wurde, die Ausfuhrhandels-G.
m. b. H. werde schon ihren Abbau vor und werde
sich demnächst auflösen. Man hoffte gleichzeitig auch das-
selbe von der Z. E. G. zu hören; dies geschah jedoch nicht.
Im Gegenteil, es wurde kürzlich bekannt, daß Warenabtei-
lungen der Z. E. G. sich um Abschlüsse mit neutralen
Produzenten auf Jahre hinaus bemühen und daraus, wie
sich das Reichsernährungsamt zur Z. E. G. stellt, glaubt man
schließen zu dürfen, daß seitens der Regierung die Ver-
ständigung des Einfuhrhandels für die Dauer geplant wird.
Sämtliche deutsche Außenhandelsverbände haben sich be-
reits mehrfach gegen solche Bestrebungen auf scharfste
gewandt und es muß immer wieder mit Nachdruck darauf
hingewiesen werden, daß die baldige Überleitung zum
freien Weltverkehr, die in die erste Grundlage für die
Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft darstellt, das
Staatsmonopol verbietet und eine Regelung der
Einfuhr durch Selbstverwaltung des organisierten Kauf-
mannstandes erforderlich macht. Die politischen und wirt-
schaftlichen Organisationen sollten unablässig bemüht sein,
der arbeitenden Bevölkerung klar zu machen, daß die
Sozialisierung ein sehr zweischneidiges Schwert ist und daß
sie im letzten Augenblick durchgeföhrt, gerade für die
Arbeiterschaft die schwersten Nachteile mit sich bringen
muß, da die Produktionskraft und Leistungsfähigkeit der
industriellen Betriebe damit in bedenklichem Maße in
Frage gestellt wird.

Fanken und Geldmarkt.

— **Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein.** Unter dem
6.lichen Vorbehalt wird mitgeteilt, daß die Dividende für
das Geschäftsjahr 1918 in gleicher Höhe wie im Vorjahr,
also auf 8 Proz., zu schätzen sein dürfte.

Industrie und Handel.

* **Das deutsche Zuckergeschäft** hat sich in amerika-
nische Hände über. Wie die „Kansas City Times“ vom
1. November 1918 mitteilen, ist die deutsche Hackfeld Com-
pany, die die Zuckerindustrie Hawaiis beherrschte, durch
den Kurator fremden Eigentums an Amerikaner verkauft
worden. Die neue Gesellschaft trägt die Firma „American
Factors, Limited“, und hat ein Kapital von 7.350.000 Doll.
Hierdurch ist die Hauptstütze des deutschen Einflusses im
Stillen Ozean endgültig beseitigt.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister A. Nr. 1387 wurde die Firma
Georg Stietter mit dem Sitze in Wiesbaden und als deren
Inhaber der Kaufmann Georg Stietter zu Wiesbaden ein-
getragen.

In das Handelsregister A. Nr. 384 wurde bei der Firma
„Ernst Schellenberg“ mit dem Sitze in Wiesbaden
eingetragen: Der Kaufmann Robert Schellenberg in Wies-
baden ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesell-
schafter eingetreten. Die offene Gesellschaft hat am
1. Januar 1919 begonnen. Die Prokura des Robert Schellen-
berg ist erloschen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 7. Jan. In der Vormittags-Ziehung fielen
1600 Nr. auf 5461, 500 Nr. auf 3341 57 642, 400 Nr. auf 34 182
198 105, 200 Nr. auf 5022 44 158 41 889 71 591 168 209 194 325
206 619, 200 Nr. auf 150 3684 0940 12 383 30 185 31 300 40 462
47 082 65 100 77 991 82 196 96 105 102 111 114 323 123 256 138 694
140 541 153 155 159 082 210 827 211 830, 100 Nr. auf 2127 478
24 97 28 861 29 338 30 406 30 793 32 623 34 325 34 823 41 625 50 025
51 096 54 462 66 074 61 317 62 524 67 189 71 731 77 439 82 279 82 497
82 599 85 436 86 515 89 191 98 608 100 875 110 940 116 488 117 599
122 077 124 928 126 763 130 118 130 600 150 622 150 909 152 291
161 827 166 423 168 051 175 477 179 902 180 528 181 358 182 471
180 767 190 706 192 603 202 870 205 611.

In der Nachmittags-Ziehung fielen 50.000 Nr. auf
124 470, 10.000 Nr. auf 40 238, 500 Nr. auf 12 009 95 103, 400 Nr.
auf 56 221 102 880, 300 Nr. auf 19 171 30 413 43 016 76 774 106 192
112 350 154 715 172 234, 200 Nr. auf 15 674 25 980 28 503 38 132
41 086 50 298 62 294 85 584 128 178 131 008, 100 Nr. auf 2809 28 221
30 529 44 628 42 471 49 315 56 631 61 551 62 276 64 581 69 459 70 430
78 619 82 330 88 832 90 297 94 593 98 547 103 304 103 192 115 033
116 796 118 713 120 433 121 623 124 290 130 642 139 370 145 463
152 005 156 167 162 220 162 107 170 624 176 088 190 539 196 821
202 204. — Im Genirrade verbleiben: 2 Gewinne zu 50.000 Nr.,
2 zu 10.000, 2 zu 5000, 4 zu 500, 2 zu 1000, 2 zu 500, 12 zu
400, 20 zu 300, 38 zu 200, 120 zu 100 Nr.

Berlin, 8. Jan. In der Vormittags-Ziehung fielen
2000 Nr. auf 117 724 176 649, 1000 Nr. auf 24 420, 500 Nr. auf
205 630, 400 Nr. auf 65 829 72 701, 300 Nr. auf 57 327 57 609 67 758
68 745 127 671 175 495 182 244, 200 Nr. auf 14 188 63 831 100 337
135 300 138 165 158 554 206 172 212 994 213 420, 100 Nr. auf 1335
2910 22 580 22 894 27 819 37 04 39 158 46 211 47 276 48 564 54 050
59 215 62 733 63 228 68 036 79 865 89 722 90 971 91 054 125 026
125 531 128 217 132 939 148 861 155 388 157 097 172 732 188 401
188 847 191 916 195 300 195 301 207 864.

In der Nachmittags-Ziehung fielen 50.000 Nr. auf
59 741, 10.000 Nr. auf 196 811, 5000 Nr. auf 177 044 499 Nr. auf
5768 72 294 104 257 170 152, 300 Nr. auf 139 883 160 938 210 171,
200 Nr. auf 26 195 31 121 36 771 151 195 173 563 179 409 191 117
202 657 206 192 210 809, 100 Nr. auf 848 9133 27 860 35 167 40 733
41 213 59 619 61 481 72 684 73 876 79 361 85 678 103 456 104 165
111 893 116 065 119 664 123 216 143 479 144 033 152 006 162 763
167 216 182 056 201 557 204 627 209 294. — Die Ziehung der
2. Klasse findet am 11. und 12. Februar cc. statt.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptverleger: H. Hegerdörff.

Verantwortl. für den Inhalt: H. Hegerdörff; für politische Nachrichten:
H. Hegerdörff; für den Unterhaltungs- und Sportteil: H. Hegerdörff; für den
lokalen und provinziellen Teil und Geschäftsamt: H. Hegerdörff; für den
Handel: H. Hegerdörff; für die Anzeigen und Reklamen: H. Hegerdörff,
hämlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Ratskeller
der Stadt Wiesbaden.

Spezialauschank der Pschorrbrauerei

Mittagstisch im Abonnement Mk. 3.50

Abendplatte Mk. 3.50

Täglich von 1/7 Uhr ab:

Künstler-Konzert

Pschorrbräu vom Fass.

Restaurant „Zur Börse“

Jeden Donnerstag:

Spezialität

Schmorbraten mit Klöße.

Gutgepflegte Weine.

Ferner empfehle:

Wiesbadener Germania

Kulmbacher Reichelbräu

Münchener Pschorr.

A. Racky.

Möbel-Verkauf.

Herrschastliche, bürgerliche kompl. Villen-
Wohnungs- u. Zim.-Einricht., auch einfache,
einzelne antiquarische Möbelstücke, komplette Nachlässe,
Küchengeräte und Porzellan, Luxus- und Sportgegen-
stände werden in jeder Höhe bei Barzahlung angeliefert.

Gleichzeitig empfehle mein Lager
in neuen Möbeln und Gelegenheitskäufen.
Auf- und Umarbeiten von Schreiner- u. Polsterarbeiten
in eigenen Werkstätten.

Möbelhaus Jakob Fuhr

Kleinstraße 24. Telefon 2737.



Gegr. 1842.

L. RETTENMAYER

Zentrale: Nikolasstraße 5.



Fern-Umzüge
innerhalb des besetzten Gebietes
und von allen Plätzen Deutschlands ver-
mittelt **gepolsterter Patentmöbel-
wagen** durch langjährig geschultes Packer-
und Trägerpersonal unter Garantie.



Stadt-Umzüge

Spedition - Rollfuhrwerk - Lagerung
Schiffahrt - Versicherung - Reisebüro.
Automobil - Last - Betrieb.

Telephone: 12 - 115 - 124 - 242 - 2376 - 6611.

Auskunfterteilung bereitwilligst und kostenlos
im Hauptbüro: **Nikolasstraße 5.**



Bezug von Saatkartoffeln.

1. Antragsformulare.
Antragsformulare zum Bezug von Saatkartoffeln sind beim Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2, während der Geschäftszeit erhältlich.

2. Saatkartoffeln für Wiederverkäufer.
Wiederverkäufer, die Saatkartoffeln im Besitz haben oder von anderer Seite noch beziehen werden, müssen ihre Petitione und die Einsätze sofort mittels Antragsformular beim Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2, anmelden.

Wiederverkäufer dürfen Kartoffeln nur gegen Einzahlung der Kaution von 100 Mark beziehen.

3. Saatkartoffeln für Landwirte u. Gartenbesitzer.
Landwirte und Gartenbesitzer, die zur Bedienung ihres Landes genügend Saatkartoffeln besitzen, sind verpflichtet, diese Mengen unter gleichzeitiger Angabe der zu behebenden Fläche mittels der Antragsformulare getrennt für Früh- und Spätkartoffeln beim Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2, anzumelden.

Landwirte und Gartenbesitzer, die Saatkartoffeln noch beziehen müssen, haben die auszufüllenden Antragsformulare getrennt für Früh- und Spätkartoffeln beim Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2, einzureichen und die Haushaltsbuchführung vorzulegen, u. zwar Hausbuchführung mit Namen der Kartoffelsorten:

A—C am Donnerstag, den 23. d. Mts.,
D—F am Freitag, den 24. d. Mts.,
G—H am Samstag, den 25. d. Mts.,
I—L am Sonntag, den 27. d. Mts.,
M—O am Dienstag, den 28. d. Mts.,
P—R am Mittwoch, den 29. d. Mts.,
S—T am Donnerstag, den 30. d. Mts.,
U—V am Freitag, den 31. d. Mts.,
W—Z am Samstag, den 1. Februar 1919.

während der Geschäftszeit von 8—11½ Uhr vormittags und 2—4½ Uhr nachmittags auf Zimmer 2.

Sämtliche Antragsteller haben durch Vorlage des Haushaltsbuches oder des Steuerzettels über veranlagte Pächter oder durch eine sonstige amtliche Bescheinigung nachzuweisen, daß sie in der Lage sind, Saatkartoffeln zu beziehen, u. auch anzunehmen. Der Nachweis über die Höhe der zu behebenden Fläche ist durch die Antragsteller zu erbringen.

Die Antragsteller erhalten eine Bescheinigung über die Antragsannahme. Diese Bescheinigung ist für die Ausgabe der Saatkartoffeln vorzulegen und abzugeben. Es wird noch auf die besondere Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Saatkartoffeln im Anhangenteil dieses Blattes hingewiesen.

Der Magistrat.

Wegfall von Personenfügen u. Fahrplanänderungen.

Auf der Strecke Mainz—Arnsheim—Alzen fallen bis auf weiteres folgende Füge aus:

Bz. 454 Mainz Hbf. ab 8¼ Alzen an 10¼ nachm. ab 20. Januar d. J.

Bz. 437 Alzen ab 7¼ Mainz Hbf. an 9¼ vorm. ab 21. Januar d. J.

Bz. 437 fällt auch zwischen Kirchheimbolanden u. Alzen aus. An dessen Stelle wird Bz. 435 bis auf weiteres ab Kirchheimbolanden befördert:

Kirchheimbolanden ab 5¼ vorm., Alzen an 6¼ vorm.

Auf der Strecke Mainz—Worms wird der Bz. 532 vom 20. Januar d. J. ab wieder wie folgt von Mainz bis Oppenheim befördert: Mainz Hbf. ab 10¼ nachm., Worms ab 10¼, Oppenheim ab 10¼, Rodenheim 10¼, Kirchheim 10¼, Oppenheim an 10¼ nachm.

Mainz, den 19. Januar 1919. F169

Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 19. Januar 1919 durch die Interalliierte Kommission der Reichsbahnen der Rheinlande und durch die Unterkommission des Bezirkes Mainz in Mainz.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Es wird zur Kenntnis gebracht, daß von Montag, den 27. Januar cr. ab, die Geschäftsstunden nach westeuropäischer Zeit wie nachstehend festgelegt sind:

8½—12 Uhr vormittags,
2—4 Uhr nachmittags.

An- und Abmeldungen, sowie Zahlungen werden nur vormittags angenommen.

Der Kassenvorstand.

Kohlensparer

unentbehrlich für jeden Haushalt, sowie Wirtschaften, Hotels, Krankenhäuser, Bäckereien usw. Von Kochhaus- und anderen, von vielen Behörden und privaten Haushaltungen längend begünstigt. — Bis 50%, Kohlenersparnis. — Preis je nach Größe von RM. 15.— an. 33. Befähigung und Prospekt frei.

Jacob Cramer, Schlosserei, Wiesbaden, Stiftstraße 24. — Telefon 3443.

Korsett umändern, reinigen und flicken
mit rostfreien Stäben versehen.
Korsetthaus „Robita“
Langgasse 25.

Stimmen und Reparieren
von
Flügeln und Pianinos
Stimm-Abonnement.
Stöppler, Musikalienhandlung
Alleinvertreter „Jbach“ Flügel und Pianinos
Telephon 3305 — Rheinstraße 41.

Samstag, den 25. Januar 1919
abends 7 Uhr

im Saale des Civil-Kasino, Friedrichstraße:

Gesangs-Abend

von Frau Anna Gairabetowa
und ihren Schülerinnen: Frä. Maria
Bickel, Frä. Nina Gairabetowa,
Frä. Valeska Schüssler.
Am Klavier: Hans Weisbach.

Numerierte Plätze zu Mark 3.— und 4.—,
unnumerierte Plätze zu Mark 1.— sind zu
haben in den Musikalien-Handlungen von
A. Stöppler, Rheinstr. 41, Franz Schellenberg,
Kirchgasse 33 und bei Moritz & Münzel,
Wilhelmstr. 58, sowie abends an der Kasse.

**Spangenberg'sches
Conservatorium für Musik**
(Inhaber: Professor W. Fahr)

Im Saale des Civil-Kasino, Friedrichstr. 22

5 historische Vormittag-Konzerte des
Planisten Cornelius Czarniawski
zu volkstümlichen Eintrittspreisen.

I. Konzert: Sonntag, 26. Januar,
vormittags 11½ Uhr:

„Alte Meister bis Mozart.“

Die Programme der Veranstaltungen berücksichtigen in erster Linie Stücke, die als Studienmaterial im Unterricht des Conservatoriums verwendet werden.

Karten zu 2 und 1 Mark im Büro des Conservatoriums und in der Musikalienhandlung E. Schellenberg, Große Burgstraße 14. Für die Schüler der Mittel- und Oberklassen des Conservatoriums freier Eintritt.

Urteile über:

Korsett „Robita“

Ihr Korsett „Robita“ ist für jede Dame eine Wohltat. Ich kann dasselbe mit vollster Ueberzeugung allen Damen, ob schlank oder stark, ausserordentlich empfehlen.

Frau B. in H.

Korsett „Robita“

Ist zu haben:

Wiesbaden, Langgasse 25.

Irdenes Buchenscheitholz

frei ins Haus geliefert per Zentner 4.60.

Jac. Schwibinger

Tel. 2729 Kohlenhandlung Göbenstr. 14.

Empfehle meine

Abteilung I: Automobil- u. Motoren-Reparatur

Abteilung II: Nähmaschinen-Reparatur

Abteilung III: Schreibmaschinen-Reparatur.

Erste fachmännische Reparatur am Tage.

Automobil- u. Motoren-Reparatur.

Topheimer Straße 20.

Leistungsfähiger, süddeutscher

Automobilfabrik

sucht tüchtigen, routinierten u. eingeführten
General-Vertreter

für Wiesbaden.

Bewerber, welche über Reparaturwerkstätte verfügen, sowie mehrjährige Tätigkeit in der Automobilbranche und Erfolge nachweisen können, werden bevorzugt.

Ausführliche Angebote mit Referenzen unter S. B. 5934 an Rudolf Mosse, Stuttgart, erbeten. F 101

**Anzündholz und Abfallholz,
sowie Rastholz, Bretter und Latten**

liefert frei Haus

W. Gail Wwe., Schwabacher Straße 2,
Telephon Nr. 84.

Deutsche Demokratische Partei.

Die Geschäftsstelle des hiesigen Wahlvereins befindet sich:

Kirchgasse 74, I.

Wahlbüros befinden sich:

Langgasse 42, Wilhelmstr. 56, Moritzstr. 41,
Wörthstr. 5, Schwalbacherstr. 38 (Seitenbau),
Bismarckstr. 2, Emserstr. 44, Friedrichstr. 39, Lad.
Röderstraße 7, Kirchgasse 50.

Tafelst wird jede Auskunft erteilt!

F290

Zur schnelleren Ablieferung der Reparaturen an meine geehrte Kundschaft gebe ich nachstehend meine **Schleifstage** bekannt:

Scheren: Schleiftag: Dienstag,
Ablieferungstag: Freitag.

Taschenmesser: Schleiftag: Donnerstag,
Ablieferungstag: Montag.

Rasiermesser: Schleiftag: Freitag,
Ablieferungstag: Samstag.

Tafelmesser und sonstige Schleiferei:
Schleiftag: Mittwoch,
Ablieferungstag: Montag.

Sämtliche übrigen Reparaturen und Schleiferei erledige ich ebenfalls in kürzester Zeit.

Morgen beste Gelegenheit zur Abgabe der Rasiermesser zum Schleifen.

G. Eberhardt

46 Langgasse. Hofmesserschmied. Langgasse 46.

Solange Vorrat empfehle:

Pa. gewäss. Stockfisch

H. gew. Cabillau u. Schellfisch in bekannter Güte.
Fischhaus JOHANN WOLTER

Gegr. 1888 — 12 Ellenbogengasse 12 — Gegr. 1833.
Geschäftszeit: 8—1 Uhr, nachmittags geschlossen.

K. A. Seifenpulver
K. A. Seife
M. O. Gruhl
Kirchg. 11. Tel. 2199.

Geld-Lotterie

Jungdeutsches
100 000 Lose 500 Gewinn
bei ohne Abzug zahlbar Mar

150 000

Hauptgewinn Mark

60 000

30 000

10 000

Lose 3 M. Ausloosung

Verband Preuß.

Lotterie-Einnahme

Perlin C. 2, Nordstraße 27

Rolladen und Jalousien

werden sofort fachgemäß bei teuren Preisen repariert
Gernstr. 1710 (Grüne Mäbler).

Rolladen-Institut Mehger, Mauritiusplatz 3.

Feldgrauen Stoff

für Mäntel und Kopfschmuck liefert

Damenschneider Alt, Am Römerort 7.

Junger Kunstmaler

Akademiker franz. und fläm. Schule
erteilt Stunden (50 Mk. p. W.).

Angeb. unter F. 479 an den Tagbl.-Verl.

Flugzeug- und Automobil-Unterricht

Spez.: Motorenkunde

wird von erstkl. Fachmann, prakt. u. theor. geb.,
erteilt. Herren und jüngere Leute, welche an einem
Kursus teilnehmen wollen, werden geb. Off. unter
K. 478 an den Tagbl.-Verl. abzugeben.

Warnung!

Bei meinem Mann Herrn Ernst Thiel, Balken-
straße 9 und Bleichstraße 51 etwas leicht oder borgt, hat
von mir keine Zahlung zu erwarten, da ich für nichts
hafte. Ebenso warne ich dringend vor Ankauf meines
Ost- und Gemüsegeschäftes Bleichstraße 51, da dasselbe
mein uneingeschränktes Eigentum ist und bleibt. Bis
zur Regelung meiner Angelegenheit ist Herr Ernst Thiel
nur als mein Warenverkäufer zu betrachten.

Hochachtungsvoll

Frau Ottilie Thiel, geb. Gendert.

Achtung!

Wenn Herr Ernst Thiel, Balkenstraße 9
bzw. Bleichstraße 51, die über mich gemachten
gemeinen verleumdenden unwahren Äußerungen
nicht mit Bedauern retour nimmt, wird gerich-
tlich darüber verfügt. Ebenso zahle ich 20 Mk.
Belohnung demjenigen, der mir beleidigende
Äußerungen meiner Person gegenüber so bringt,
daß ich den Urheber ein für alle mal unschädlich
machen kann.

Hochachtungsvoll

Franz Gendert, Bleichstraße 21.

Reparaturen

an
Uhren

u. Schmuck
in eig. Werkstatt
schnell, sauber
und gut

Bok, Lang-4.

Reparatur für Kanarien
u. Vögel, Dächter, u.
Bunde-Ale schüttert empf.
Gullik, Rheinstraße 90.

Unabhängige sozialdemokratische Partei U. G. P. Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

bedeutet nicht, daß auf Euch der Fluch kommt, mitschuldig zu sein, an neuer Ausbeutung, neuer Unterdrückung auch der kommenden Generationen.

Die Revolution ist in höchster Gefahr! — Tuet Euer Pflicht.

Gleich erhebt der preussische Militarismus sein Haupt.

Gleich wird der zehnstündige Arbeitstag dekretiert!

Von der deutschen demokratischen „Volkspartei“ bis zur deutschen nationalen „Volkspartei“ mit dem Zentrum:

„Ein Volk!“, „Ein Herz!“, „Ein Vaterland!“

Und wieder erhebt vor Euch
das Vaterland der Besitzenden!

zur Verewigung der ökonomischen Ausbeutung, zur Verewigung der politischen Unterdrückung der Minderbemittelten!

Ehrt Euch das Treiben der Goldschreiber dieser Parteien an. Zu den Giftschwaben der Kriegslügen kommen jetzt Berge der Verleumdung!

Eine einzige Front gegen den Sozialismus ist das Ziel dieser Parteien.

Keine Stimme diesen Vertretern des Besitzes in all seinen Schattierungen.

Werbt für den ganzen Sozialismus!

Deshalb auch keine Stimme den
Scheidemann-Sozialisten!

All deren Kriegssünden aufzählen, dazu bedürfte es eines Buches.

Die Zentrale für Heimatdienst (offizieller Nachrichtendienst der Scheidemann-Regierung), Drucksache 3, betitelt „Sozialisierung“ schreibt:

Nur die kapitalistischen Auswüchse sollen sofort und rücksichtslos beseitigt werden! — Das wollen diese Halben!

Mitglieder der Mehrheitssozialisten in Frankfurt a. M., die das Erfurter Programm noch nicht ganz vergessen haben, bekunden:

Es ist unsere Ansicht, daß die Reichsregierung es bis heute unterlassen hat, diejenigen

Laßt den Halben das Trachten nach Reformen.

Vollvermögen und Rohstoffe sind vergeudet, Industrie und Handel im Zusammenbruch.

Da darf keine Stückarbeit mehr geschehen. Nur der Sozialismus kann neues Leben aus den Ruinen ersprießen lassen.

Jede Stimme von Euch
Ihr lieben Rechtlosen
deshalb der U. G. P.

Unabhängigen sozialdemokratischen Partei

Wahlbüro: Walramstr. 20. beginnend mit dem Namen **Tony Sender.** F. 310

Deutsche Volkspartei

Für Frauen und Mädchen
finden täglich von 5—6 Uhr
auf unserer Geschäftsstelle,
Neugasse 9,

Sprechstunden
zur Aufklärung über politische
Fragen statt. F. 300

**Freiwillige
Helfer und Helferinnen,**
die für die

Deutsche Volkspartei

ehrenamtlich mitarbeiten wollen, werden gebeten,
sich zu melden auf
unserer Geschäftsstelle, Neugasse 9, od. unseren
Auskunftsstellen Langgasse 52 (Ritter Engel)
und Wilhelmstraße 56 (J. Chr. Glöckner).

Aktionen entschlossen vorzunehmen, die vor
der Einberufung der Nationalversammlung
hätten geschehen müssen, um die Revolution
zu sichern.

Die offiziellen Regierungssozialisten
in Frankfurt a. M. bedauern diesen Beschluß,
weil sie

keine durchgreifende Sozialisierung
wollen.

Darum Ihr Klassenbewußten

Proletariat, Ihr Minderbemittelten in Stadt
und Land, Ihr ausgebeuteten Arbeiter und
Arbeiterinnen, Handwerker, Beamte, Be-
amtinnen und Angestellte,

treten ein für den ganzen Sozialismus
stimmt für die Liste der **U. G. P.**
beginnend mit dem Namen **Tony Sender.**

Die U. G. P. will das Proletariat unter
dem Banner des internationalen Sozialismus
auf den Boden des von den Regierungs-
sozialisten erlassenen Erfurter Programms
einigen zur Beseitigung der kapitalistischen
Wirtschaftsweise.

Die U. G. P. will die sofortige Sozialis-
sierung der geeigneten Großbetriebe, Groß-
unternehmungen, des Großgrundbesitzes usw.

Die U. G. P. will daß nicht länger in
nebelhafter Ferne liegen soll die Beseitigung
der ökonomischen und dadurch der politischen
Unterdrückung.

Die U. G. P. verlangt, da das kapi-
talistische Wirtschaftssystem bankrott ist,
völligen Neuaufbau

der gesellschaftlichen, der politischen Organi-
sationen, Neuaufbau des Steuer-, des
Bildungs-, des Gesundheitswesens.



**Großer Transport
Arbeitspferde**

schweren und leichten Schlages
ist eingetroffen.

Jos. Blumenthal
Pferdehandlung 54 Schwalbacher Strasse 28.

Kopfwaschen
In Onda'ation, moderne Frisuren, empfiehlt
Friseur **Hochwarth**, Moritzstr. 70.

Eisenlikör „Trilecit“

Deutsche Demokratische Partei!

Wählerversammlung

Samstag, den 25. d. M., 7 Uhr abends,
im Saal der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8.

Die Neugestaltung Preußens.

Redner:

1. Bürgermeister **Luppe**, Frankfurt a. M.
2. Professor **Schüding**, Frankfurt a. M.
3. Frau Dr. **Schulz**, Frankfurt a. M. F. 206
4. Fabrikant **Albert Sturm**, Wiesbaden.

Deutsche demokratische Partei

Freitag nachmittag von 4—6 Uhr:

**Frauenbesprechung
u. Aufklärung über die**

**Wahl zur Preussischen
Landes-Versammlung!**

in allen Bezirksbüros:

Langgasse 42	Bismarckring 2
Wilhelmstrasse 56	Emser Strasse 44
Moritzstrasse 41	Röderstrasse 7
Wörthstrasse 5	Friedrichstrasse 39
Schwalbacher Str. 38	Kirchgasse 50. F. 209

Alt-nassauische Kalender 1919

Ist erschienen und durch uns als
durch jede Buchhandlung zum
Preis von M. 1.50 zu beziehen.

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbaden, „Tagblatthaus“.

ein vorzüglich bewährtes anregendes Mittel bei Schwächezu-
ständen jeder Art. Alleinverkauf per Flasche **4.00 Mk.** 1374
Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.